

## **Korporatismus und Sozialpartnerschaft als zentrale Elemente der österreichischen Verhandlungsdemokratie**

Referat zur Sitzung Österreich am 19.05.2004

Kurs Kleine Demokratien

PD Dr. Nils Bandelow

von Mirko Messar

### **Das politische System Österreichs**

- II. Republik Österreich seit 1945
- Parlamentarisches System mit präsidentiellen Zügen
  - Der Bundespräsident
  - Das Parlament (Bikameralismus)
  - Die Regierung
  - Das Verfassungsgericht
- Föderalismus
- Parteien
- Interessensverbände
- Sozialpartnerschaft und Korporatismus

### **Parlamentarisches System**

- Zwei direkt vom Volk legitimierte Institutionen
  - Präsident
  - Parlament
    - Parlament wählt Kanzler  
(Wahl des Parlaments = Regierungswahl)
    - Kanzler nominiert Regierung,  
Bestätigung durch Präsidenten
    - Regierung dem Parlament politisch verantwortlich
    - Misstrauensvotum des Parlaments  
gegenüber der Regierung
    - Zusätzliche Entlassung durch Bundespräsidenten
- Plebiszitäre Elemente
  - Volksabstimmung, Volksbegehren

### **Der Bundespräsident**

- Wahl auf 6 Jahre durch absolute Mehrheit
- Maximal zwei Legislaturperioden
- Vertretung Österreichs nach Außen
- Amtsenthebung durch das Verfassungsgericht;  
Voraussetzung: 2/3 Mehrheit im Parlament  
für Volksabstimmung und entsprechendem Volksvotum zur Amtsenthebung
- Rollenverzicht

### **Das Parlament**

- Unechtes Zweikammernsystem
  - Nationalrat direkt gewählt auf vier Jahre
  - Bundesrat nur suspensives Veto
- Funktion der Gesetzgebung und Kontrolle

- Nationalrat ist nach Fraktionen strukturiert
- Stark konsensorientiert
- Kontrollrechte: Aktuelle Stunde, dringliche Anfragen, mündliche Anfragen, schriftliche Interpellation, Sonderprüfung des Bundesrechnungshofes
- (Bereichsveto)
- Kann Regierung das Vertrauen entziehen

### **Die Regierung**

- Stärkste Fraktion stellt Kanzler
- Kanzler ernennt Minister, Bestätigung durch Präsident
- Kollegialorgan, Kanzler primus inter pares  
Einstimmigkeit im Kabinett
- Kanzler hat schwache Richtlinienkompetenz
- Starkes Ressortprinzip

### **Verfassungsgericht**

- Starkes Gericht, potenzielle Kontrolle aller Gesetze auf Verfassungskonformität
- Absetzung des Bundespräsidenten
- Offen politische Rekrutierung der 14 Mitglieder
- Vorschlag der Richter durch Nationalrat, Regierung und Bundesrat
- Amtsende mit dem 70'en Lebensjahr

### **Föderalismus**

- Formal stark
  - Generalkompetenz der Länder, wo keine ausdrückliche Bundeskompetenz
- Stark ausgeprägte Bundeskompetenz, Gesetzgebung ausschließlich beim Bund
- Folge: schwacher Föderalismus, hohe Zentrierung der politischen Kompetenzen in Wien

### **Parteien**

- Österreich als Parteienstaat
- hohe Parteikonzentration, bis Mitte 80'er 2,5 Parteienstaat
- Stark konsensorientiert
- Gesamtgesellschaftliche Personalrekrutierung
- Starke Durchdringung der Parteien in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen (Versäulung?)
- Aufbau von Subgesellschaften in Parteien

### **Interessensverbände**

- Starkes Verbandswesen, überdurchschnittlicher Organisationsgrad, viele Kammern, teilweise mit Pflichtmitgliedschaft
- Gesellschaftlich relevante Funktionen im politischen Entscheidungsprozess

- Enge Verschränkung mit Parteien
  - Verbände besetzen Positionen in Parteien und umgekehrt
- Klare parteipolitische Aufteilung des Verbandswesens

### **Sozialpartnerschaft und Korporatismus**

- Hohes Maß an Partizipation der Interessensvertretung im politischen Willensbildungsprozess bei den vier stärksten Interessengruppen
- Horizontale Kooperation der Verbände und der Regierung
- Interessen werden im Vorfeld artikuliert und zwischen den Verbänden ausgetragen
- Ergebnis fließt in die Gesetzgebung ein
  - Gemeinschaftliches Erarbeiten von Gesetzesentwürfen
  - „Notarielle Bestätigung“ durch Parlament
- Vertikale Kooperation
- Verbandswesen stark durchdrungen von Parteien
- Bsp.: ÖGB, die stärksten Parteien stellen Untergruppen im ÖGB, die ÖVP-Arbeiter und die SPÖ-Arbeiter
- Verbände besetzen wichtige Positionen in den Parteien (ÖGB-vertreter im SPÖ-Präsidium und in der SPÖ-Fraktion)
- Aufgabengebiete der Sozialpartnerschaft:
  - Lohnpolitik
  - Preispolitik
  - Sozialversicherung
  - Wirtschaftspolitik

} paritätische Kommission für Lohn und Preisfragen

### **Ausblick und Thesen**

- Sozialpartnerschaft auf dem Prüfstand
  - Steigende Mobilität der Bevölkerung?
  - Sinkende Legitimität?
  - Wirtschaftspolitik mit hohen Staatsausgaben und niedrigen Löhnen?
  - Erhalt der Klassen?
  - Kartell der Eliten?